Kofinanziert von der Europäischen Union

LANDES FÖRDER INSTITUT Mecklenburg-Vorpommern

Absender

Eingangsstempel

Landesförderinstitut
Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 16 02 55
19092 Schwerin

Aktenzeichen	**KSW**	-			-				

Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in wirtschaftlich tätigen Organisationen gem. der Klimaschutzförderrichtlinie Unternehmen (KliSFöRLUnt M-V) in Verbindung mit Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE)

Antrag bitte vollständig ausfüllen! Bei ☐ bitte Zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag auf Förderung ist beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI M-V) einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendung aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Der Antrag kann erst abschließend bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. **Mit dem Vorhaben darf ab dem Datum der schriftlichen Antragseingangsbestätigung begonnen werden.**
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner
mit Vertretungsberechtigung gem. Nummer 4

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Rechtsform (Einzelunternehmer, GmbH, GbR etc.)

1.11 Ist der Antragsteller eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung verfolgt?

☐ Ja

☐ Nein (in diesem Fall gilt die Mitteilungsverordnung, vgl. Nummer 6.6)

1.12 Registernummer (Handelsregister, Vereinsregister, Genossenschaftsregister etc.)

1.13 Zuständiges Finanzamt

1.14 Steuernummer

1.15 Steuer-ID (bei natürlichen Personen)

1.16 Geburtsdatum (bei natürlichen Personen)

1.17 Wirtschafts-ID

1.18 Ist der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt?

☐ Ja

☐ Nein, ein Nachweis liegt diesem Antrag bei.

1.19 Der Antragsteller ist vergabepflichtig. Ja ☐ Nein ☐

1.20 Eine Ertragsvorschau des Antragstellers für die nächsten 5 Jahre, testiert vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, liegt dem Antrag als Anlage bei (außer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts). Ja ☐ Nein ☐

1.21 Wirtschaftszweig

1.22 Klassifikation des Wirtschaftszweigs (5-stellig gemäß WZ 2008)

1.23 Gründungsdatum (Datum erster Eintrag ins Handels- bzw. Vereinsregister, bei nicht eintragungspflichtigen Unternehmen - Datum der Gewerbeanmeldung, Stiftungen - Datum Anerkennung Stiftungsaufsicht)

1.24 Geschäftsgegenstand des Antragstellers/Tätigkeitsfeld (Bezeichnung und kurze Beschreibung/Erläuterung)

1.25 Der Antragsteller ist

☐ ein Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. EUR[1)]

☐ ein kleines Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. EUR[1)]

☐ ein mittleres Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR[1)]

☐ kein KMU

[1)] Bei KMU ist dem Antrag eine Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen beizufügen. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Bezeichnung des zur Förderung beantragten Vorhabens

2.2 Standorteigentümer
Der Antragsteller ist Eigentümer des Vorhabenstandortes

☐ Ja

☐ Nein Name des Eigentümers _____

2.3 Standort des Vorhabens

2.3.1 Straße

2.3.2 Nr.

2.3.3 Postleitzahl

2.3.4 Ort

2.4 Standort des Vorhabens liegt im Ländlichen GestaltungsRaum Ja ☐ Nein ☐
(Nach Festlegung des Fonds zur Unterstützung der Ländlichen Gestaltungs-Räume, siehe Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm)

2.5 Zeitliche Durchführung (ohne Projektierungs- und Planungsleistung)

Geplanter Beginn des Vorhabens (TT.MM.JJJJ) _____

Geplantes Ende des Vorhabens (TT.MM.JJJJ) _____

2.6 Vorhabenbeschreibung (bitte dem Antrag gesondert beifügen)

Die Vorhabenbeschreibung muss Angaben zu folgenden Aspekten enthalten:

- Darstellung der Ausgangssituation
- Darstellung der gemanagten Systemkomponenten in Energiesystemen/Energienetzen
- Darstellung der Anzahl der Benutzer, die mit intelligenten Energiesystemen verbunden sind
- Abgeleitetes Ziel des geplanten Vorhabens
- Lageplan, aus dem das beantragte Vorhaben ersichtlich wird
- Ggf. Einordnung des zur Förderung beantragten Vorhabens in ein übergeordnetes Gesamtvorhaben
- Abwägung von Realisierungsalternativen
- Auswahl und Beschreibung der technischen bzw. technologischen Lösung **mit Begründung**
- Beschreibung der geplanten Umsetzung des Vorhabens, ggf. mit grafischen Erläuterungen und unter Angabe von Vorhabenabschnitten (Meilensteine)
- Darstellung inkl. nachvollziehbarer Berechnung der angestrebten Emissionsminderungen (Tonnen CO_2 pro Jahr) und/oder Energiespareffekte sowie angestrebter, jährlicher Wärme- und Elektroenergieeinsparung
- Vereinfachte und nachvollziehbare Amortisationsberechnung (zuwendungsfähige Ausgaben in EUR /jährliche Einsparung in EUR/a)
- Begründung für die Beantragung von Boni

2.7 Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens

Besteht für das zur Förderung beantragte Vorhaben oder für das übergeordnete Gesamtvorhaben eine Genehmigungspflicht? Ja ☐ Nein ☐

Ergänzend zur Vorhabenbeschreibung gem. Nummer 2.6 des Antrags sind eine Kurzdarstellung der Genehmigungssituation sowie behördliche Genehmigungen in Kopie beizufügen.

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

3.1 Zur Förderung beantragte Ausgaben/Investitionen

Die in der folgenden Ausgabenübersicht geforderten Angaben sind **nur** auf das zur Förderung beantragte Vorhaben zu beziehen. Die **einzelnen Ausgabenansätze** sind in einer **gesonderten Anlage „Ausgabenansätze zum Antrag (Unternehmen)“ differenziert zu untersetzen**.

Höhe der Gesamtausgaben _____ EUR

Davon zuwendungsfähige Gesamtausgaben _____ EUR

3.2 Finanzierung der **zur Förderung beantragten Ausgaben**

Ergänzend zur Vorhabenbeschreibung gem. Nummer 2.6 des Antrags sind die Bemühungen zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten darzulegen. Das Ergebnis der Bemühungen ist zu benennen. An andere Einrichtungen gestellte oder geplante Anträge sind aufzulisten. **Bereits vorliegende Zuwendungsbescheide sind in Kopie als Anlage zum Antrag beizufügen**. **Die Verfügbarkeit der einzelnen Finanzierungsbestandteile ist durch entsprechende Nachweise zu belegen.**

3.3 Soll die Förderung des hier beantragten Vorhabens als De-minimis-Beihilfe erfolgen?

☐ Ja (Das Formblatt De-minimis-Erklärung des Antragstellers ist auszufüllen)

☐ Nein

3.4 Finanzierungsbestandteile

Finanzierungsbestandteile[2)] des zur Förderung beantragten Vorhabens	**in EUR[3)]**
Eigenmittel	
Bankdarlehen	
KfW-Darlehen	
Privatdarlehen	
Gesellschafterdarlehen	
Mietkauf	
Zuwendungen anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts	
Zuwendungen anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts (Bundesmittel)	
BAFA-Zuschuss	
KfW-Zuschuss	
Beantragte EFRE-Zuwendung	
Gesamtfinanzierung (= Investitionssumme des zur Förderung beantragten Vorhabens; muss mit der Höhe der Gesamtausgaben gem. Nummer 3.1 im Antrag übereinstimmen)	0,00

[2)] Alle Finanzierungsbestandteile sind im Rahmen der Antragstellung nachzuweisen (z. B. durch Bankerklärung; Nachweis über das Vorhandensein der Eigenmittel, testiert vom Steuerberater; Kreditvertrag).
[3)] Nicht gerundet

4. Vertretungsberechtigung

Die in nachfolgender Übersicht aufgeführten Personen sind berechtigt, den Antragsteller für das zur Förderung beantragte Vorhaben hinsichtlich des Antrags-, Bewilligungs-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens rechtsverbindlich, d. h. mit erforderlicher Vertretungsmacht zu vertreten.

Rechtsverbindliche Vertretung des Antragstellers

Name, Vorname	Ggf. nur gemeinsam mit	Unterschriftsprobe

Bei Veränderung jeder Vertretungsberechtigung ist der Bewilligungsbehörde unaufgefordert eine entsprechende Aktualisierung vorzulegen. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

5. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende, aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen:

- ☐ Aussagefähige Vorhabenbeschreibung (siehe Nummer 2.6)
- ☐ Nachweis des Eigentums- bzw. Nutzungsrechts des Vorhabenstandortes für den Zweckbindungszeitraum (bei kommunalen Antragstellern ist nur die Erklärung zu den Eigentums- bzw. Nutzungsverhältnissen einzureichen)
- ☐ Behördliche Genehmigungen
- ☐ Datenblatt Klimaschutzindikatoren
- ☐ Anlage „Ausgabenansätze zum Antrag (Unternehmen)“
- ☐ Kostenvoranschlag, Angebot, Kostenschätzung o. ä.
- ☐ Finanzierungsnachweise und Darstellung des Bemühens zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten
- ☐ Belege (Anträge, Zuwendungsbescheide) über die Förderung durch andere öffentliche Stellen
- ☐ De-minimis-Erklärung
- ☐ Administrator-Anmeldung/Änderung für das eCohesion-Portal (sofern noch nicht vorhanden)
- ☐ Nachweis der Rechtsform (z. B. Registerauszug, nicht älter als ein halbes Jahr)
- ☐ Gesellschaftervertrag, aktuelle Gesellschafterliste
- ☐ Erhebungsbogen zum wirtschaftlich Berechtigten EFRE
- ☐ Erklärung (ggf. auch erweiterte Erklärung) zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen
- ☐ Aufstellung der Einzelgesellschafter bei einer GbR oder OHG
- ☐ Erklärung des Antragstellers bezüglich Unternehmen in Schwierigkeiten
- ☐ Bescheinigung vom Steuerberater über das Vorliegen einer Betriebsaufspaltung
- ☐ Ertragsvorschau des Antragstellers (5 Jahre) vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater testiert

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die mit der Durchführung beauftragten Behörden haben gegenüber der Europäischen Kommission sicherzustellen, dass nur solche Infrastrukturvorhaben mit EFRE-Mitteln gefördert werden, die klimaverträglich sind. Die Bewertung erfolgt im Rahmen einer Klimaverträglichkeitsprüfung (KVP) durch die Landesenergie- und Klimaschutzagentur M-V (LEKA). Für die Erstellung der Prüfungsunterlagen zur KVP ist der Link, welcher auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung steht, zu verwenden. Das Prüfungsergebnis wird nach Beendigung der KVP im Anschluss automatisch der Bewilligungsbehörde (LFI M-V) als Teil des Antragsverfahrens übermittelt. Ein positives Ergebnis ist hierbei Bewilligungsvoraussetzung.

Über den Antrag kann erst abschließend entschieden werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

6. Hinweise/Erklärungen

6.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor dem Datum der schriftlichen Antragseingangsbestätigung zu beginnen. Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabenausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags gilt, beim Vergabeverfahren ist es der Zeitpunkt der Zuschlagserteilung. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, planungsbezogene Bodenuntersuchungen, Grunderwerb, Herrichten des Grundstücks, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens.

6.2 Die beantragte Zuwendung ist eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB). Auf die Strafbarkeit im Falle eines Subventionsbetruges wird ausdrücklich hingewiesen. Folgende im Antrag anzugebende Tatsachen sind subventionserhebliche Tatsachen, hinsichtlich derer unrichtige oder unvollständige Angaben eine Strafbarkeit wegen Subventionsbetrugs nach sich ziehen können:

- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger (einschließlich Rechtsform, Beteiligungsverhältnissen, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz)
- Angaben zum Vorhaben (einschließlich Angaben zum Beginn des Vorhabens)
- Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung (einschließlich Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen und zu Zuwendungen Dritter)
- Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind
- Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben zur Verwendung der Zuwendung

Änderungen dieser subventionserheblichen Tatsachen sind gemäß § 1 Subventionsgesetz M-V (SubvG M-V) i. V. m. § 3 Subventionsgesetz (SubvG) unverzüglich mitzuteilen. Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).

Der Antragsteller hat die subventionserheblichen Tatsachen und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB zur Kenntnis genommen.

6.3 Der Antragsteller erklärt, dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.

6.4 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant und durchgeführt wird. Er erklärt, dass er alle gesetzlichen und im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung zu treffenden Festlegungen zur Vergabe von Leistungen beachten und einhalten wird.

6.5 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder ein solches unmittelbar bevorsteht.

6.6 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungspflichtige Stelle bei Bestehen der Mitteilungspflicht nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 8 Abs. 2 der Mitteilungsverordnung den Finanzbehörden Daten über die Zuwendung und den Zuwendungsempfänger mitteilt.

6.7 Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme der Verpflichtung zur Achtung der Charta der Grundrechte und der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), wie sie im Europaportal zusammengefasst werden. Der Link zur Grundrechtecharta steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

6.8 Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert berichten.

6.9 Hinweise zum Datenschutz
Die auf der Website des LFI M-V zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

6.10 Der Antragsteller hat darüber hinaus zur Kenntnis genommen, dass gem. Verordnung (EU) 2021/1060 neben den im Antrag abgefragten Daten zu seinen wirtschaftlich Berechtigten bei Aufträgen, die in den Anwendungsbereich des EU-Vergaberechts fallen (oberschwellige Vergaben) auch Daten zu den wirtschaftlich Berechtigten jedes Auftragnehmers (Vorname, Name, Geburtsdaten, Steuernummer oder Steuer-ID, Datum des Vertrages, Bezugsnummer, Vertragswert) und bei Unteraufträgen ab einem Vertragswert von 50.000,00 EUR netto Daten zu den Unterauftragnehmern (Name, Steuernummer, Datum des Vertrages, Bezugsnummer, Vertragswert) erhoben werden.

_____ Ort, Datum _____ rechtsverbindliche Unterschrift/en	Stempel Antragsteller

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

_____ Ort, Datum _____ rechtsverbindliche Unterschrift/en	Stempel Antragsteller